

EU-Nachrichten 1 2017

KURZ & KNAPP

Binnenmarkt für Dienstleistungen 3

Bürokratische Hürden beseitigen

IM FOKUS

Datenschutz 4

EU-Regeln sollen auch für WhatsApp, Facebook und Co gelten

Geteilter EU-Staat Zypern 5

Fortschritte auf dem Weg zur Wiedervereinigung

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Italiener Tajani zum neuen Präsidenten gewählt

Nachfolger von Martin Schulz (SPD) als Präsident des Europäischen Parlaments ist Antonio Tajani (Forza Italia). Der Italiener war nach der Europawahl 1994 erstmals in die Volksvertretung eingezogen und war von Mai 2008 bis Mai 2014 EU-Kommissar zunächst für Verkehr und dann für Unternehmen und Industrie. Tajani setzte sich in einer Stichwahl gegen seinen sozialistischen Landsmann Gianni Pitella mit 351 zu 282 Stimmen durch.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beglückwünschte Tajani zur Wahl und nannte ihn einen „überzeugten Europäer“, der sein Amt mit „der Eleganz und dem Know-how“ ausfüllen werde, die ihn seit jeher kennzeichneten. Unter den neu gewählten 14 Vizepräsidenten des Europaparlaments sind drei deutsche Abgeordnete: Rainer Wieland (CDU), Evelyne Gebhardt (SPD) und Alexander Graf Lambsdorff (FDP).

Tajani ist neuer EP-Präsident



Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, sieht nach einem schwierigen Jahr 2016 diesem Jahr optimistischer entgegen.

© Europäische Kommission

AUSBLICK AUF 2017

Eine neue Besonnenheit macht sich breit

Mein Ausblick auf das Jahr 2016 hieß: Kein Jahr für schwache Nerven. Es kam noch schlimmer als befürchtet. Jetzt, zu Beginn 2017, wage ich eine antizyklische, optimistische Prognose: Der Wind beginnt zu drehen. Verantwortung und Zusammenhalt gewinnen an Zuspruch. Eine neue Besonnenheit macht sich breit, denn viele realisieren: Im Neo-Biedermeier ist es doch nicht so gemütlich. Wenn alle sich zunehmend abschotten, wird jeder bald recht einsam.

> „Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint“, hieß es in der „Berliner Erklärung“ von 2007, zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Das ist jetzt schon wieder zehn Jahre her. Damals überwand die Union mit dieser Erklärung eine innere Nachdenkphase, ausgelöst durch die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden über einen geplanten europäischen Verfassungsvertrag. Heute stehen wir vor dem 60. Jahrestag dieses frühen Meilensteins der europäischen Integration. Mit den Römi-

schen Verträgen hatten die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten 1957 die Grundlage für die Entwicklung der Europäischen Union gelegt, wie wir sie heute kennen.

Ja, wir haben viele Probleme: Terrorismus, Arbeitslosigkeit, Schulden, wir werden älter. Aber schauen wir uns um in der Welt. Europa ist in Frieden vereint, ein Hort der Freiheit, der Demokratie, von Wohlstand und Werten. Kein anderer Kontinent hat solche belastbare Formen der Zusammenarbeit entwickelt. >>

» Nur nach Feiern ist uns nicht zumute. Verständlich. Aber irgendwie auch schade. Denn die vielen Schocks des Jahres 2016 haben nicht nur unseren bisweilen schon zur Zierde entrückten Werten wieder zu greifbarer Bedeutung verholfen. Sie haben auch Entschlossenheit, Widerstandsfähigkeit und Besonnenheit zu den politischen Tugenden dieser schwierigen Zeit gemacht.

Pluralistische Demokratie steht auf dem Spiel

Viel steht auf dem Spiel: Das Grundverständnis unseres modernen Zusammenlebens wird von einigen in Frage gestellt. Demokratische Repräsentanten werden als „Establishment“ angegriffen, unabhängige Medien der Lüge bezichtigt, der freiwillige Zusammenschluss europäischer Staaten als Imperialismus abgekanzelt. In diesem wichtigen Wahljahr in vielen EU-Staaten begreifen aber immer mehr Menschen, dass es dabei nicht um Kritik an politischen Entscheidungen oder um abweichende Meinungen geht – beides ja im aufgeklärten Europa nicht nur berechtigt, sondern als Korrektiv erwünscht. Sondern, dass unser System als Ganzes in Zweifel gezogen und unterminiert wird. In Wahrheit geht es um die pluralistische Demokratie, in der sich Mehrheiten finden müssen, um die Freiheit der Meinung, der Presse und des Gewissens, und um die Solidarität in einem größeren Gemeinwesen, das uns Schutz und Sicherheit bietet.

Vision der EU deutlich machen

Der Satz von Berlin vor zehn Jahren – wir sind zu unserem Glück vereint – gilt weiter, aber heute steht die Gemeinschaft vor viel größeren Herausforderungen. Bis zum 60. Jubiläum der Römischen Verträge in diesem März besteht die Aufgabe für die Mitgliedstaaten ebenso wie für die europäischen Institutionen darin, den Bürgern die „Vision einer attraktiven EU, der sie vertrauen können und die sie unterstützen können“ deutlich zu machen. Dieses Ziel formulierten die Staats- und Regierungschefs von 27 Ländern (ohne Großbritannien) bei ihrem informellen Gipfeltreffen im September in Bratislava.

In ihrer „Agenda von Bratislava“ listen sie auf, was sie bei der Sicherheit, Terrorbekämpfung, Migrationssteuerung, Schutz der Außengrenzen und Förderung von Wirtschaft und Arbeit gemeinsam erreichen wollen. Außerdem gaben sie ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit in der Union ab und versprachen, künftig mehr miteinander und klarer mit den Bürgern zu kommunizieren. „Die EU ist nicht perfekt, aber sie ist das beste Instrument, das wir haben, um die neuen Herausforderungen anzugehen, vor de-

nen wir stehen“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. „Wir brauchen die EU nicht nur, um Frieden und Demokratie unser Völker zu garantieren, sondern auch deren Sicherheit.“

Die konkreten Schritte für die kommenden Monate hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bereits in seiner „Rede zur Lage der Union“ im September beschrieben und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2017 festgelegt. Im Dezember verabredete Juncker mit den amtierenden Präsidenten des Rates und des Europaparlaments, Robert Fico und Martin Schulz, die vorrangigen Initiativen in diesem Jahr rasch durchzuführen: für Wachstum und Investitionen, für Jugendbeschäftigung, für die Sicherheit – etwa für systematische Kontrollen bei der Ein- und Ausreise an unseren Außengrenzen und eine bessere Vernetzung der Datenbanken für Straftäter und Gefährder.

Kommission tritt für gemeinsame Werte ein

Die Juncker-Kommission treibt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Steuerflucht an und tritt für gemeinsame europäische Werte ein, etwa für den Rechtsstaat in Polen. In der Flüchtlingsfrage haben inzwischen alle Mitgliedstaaten anerkannt, dass nicht nur einige Länder in der Verantwortung sind, sondern ganz Europa. Im Geiste der Solidarität haben sich die Regierungen für dieses Jahr vorgenommen, sich mit dem Parlament über unsere Vorschläge für die Reform des Dublin-Verfahrens und des europäischen Asylsystems zu einigen.

Damit wird den Anliegen der Bürgerinnen und Bürgerinnen Rechnung getragen. Laut der aktuellen Eurobarometer-Umfrage wünschen sich



85 Prozent der befragten Deutschen eine gemeinsame europäische Politik zur Steuerung

der Einwanderung, EU-weit sprechen sich 69 Prozent für eine gemeinsame Migrationspolitik aus. Acht von zehn Befragten in der EU sind der Meinung, dass bei der Terrorbekämpfung mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden sollten. Auch bei etlichen anderen Themen sehen die Menschen EU-weit abgestimmtes Handeln als nötig an. 80 Prozent sind etwa für mehr europäische Entscheidungen bei der Förderung von Demokratie und Frieden, beim Umweltschutz sind es 77 Prozent.

Optimismus dominiert in meisten EU-Staaten

Zwei Drittel aller Befragten sehen in der EU einen Hort der Stabilität in einer unruhigen Welt. Ebenso zwei Drittel der Europäer fühlen sich als EU-Bürger. 81 Prozent treten dafür ein, die Freiheit zu erhalten, überall in der EU leben, studieren, arbeiten und Geschäfte abschließen zu dürfen. Was die Zukunft der EU in schwierigen Zeiten angeht, äußert sich die Mehrheit der Befragten in 21 Mitgliedstaaten optimistisch. Im EU-Durchschnitt und in Deutschland sind 50 Prozent optimistisch, in Irland sogar 77 Prozent, in Griechenland hingegen nur 30 Prozent.

Seit dem Frühjahr 2016 hat die optimistische Sichtweise in Deutschland 8 Prozentpunkte hinzugewonnen, in Ungarn sogar 9 Prozentpunkte. Ich bin mit meinem Optimismus für 2017 vielleicht doch nicht so antizyklisch, wie ich dachte. Das wäre auch gut so.

Richard Kühnel



Römische Verträge

Die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zur Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) entwickelten am 25. März 1957 das Konzept der sechs Jahre zuvor gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fort. Das institutionelle Grundgerüst der Europäischen Gemeinschaften mit Kommission, Parlament, Ministerrat und Gerichtshof wurde festgeschrieben und wichtige Ziele gesteckt: Im Zentrum der Aufbau einer Zollunion und eines gemeinsamen Marktes mit Bewegungsfreiheit für Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital.

BINNENMARKT FÜR DIENSTLEISTUNGEN

Bürokratische Hürden sollen beseitigt werden

Auch zehn Jahre nach Verabschiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird nach Ansicht der EU-Kommission das wirtschaftliche Potenzial des Dienstleistungsbinnenmarkts längst nicht ausgenutzt. Gründe dafür sieht sie in bürokratischen Hürden für Unternehmen. Sie präsentierte mehrere Gesetzentwürfe, die diese Hemmnisse vermindern sollen. So soll ein einfacheres, elektronisches Anmeldeverfahren für Dienstleister eingeführt werden, die im Binnenmarkt Geschäfte machen wollen. Es basiert auf einer „Europäischen Dienstleistungskarte“, die elektronisch in eigener Sprache bei einer Behörde im Heimatland zu beantragen sein soll. Die Mitgliedstaaten sollen ferner verpflichtet werden, nach einem einheitlichen Verfahren zu prüfen, ob neue Regularien für bestimmte Berufe wie etwa Rechtsanwälte, Architekten

oder Ingenieure tatsächlich notwendig sind. „Es geht nicht darum, den Mitgliedstaaten zu sagen, wie sie ihre Berufe reglementieren sollen“, sagte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland. „Und die Kommission hat auch keinerlei Absicht, den deutschen Meisterbrief in Frage zu stellen. Unternehmen und Freiberufler sollten vielmehr die Chance bekommen, Dienstleistungen für einen potenziellen Kundenkreis von 500 Millionen Menschen EU-weit anzubieten“, so Kühnel.

■ [Europäische Dienstleistungswirtschaft](#)



SCHUTZ VON ARBEITNEHMERN

Grenzwerte für weitere Chemikalien vorgeschlagen

Für sieben weitere chemische Stoffe, die als Krebs erregend gelten, sollen neue EU-Grenzwerte eingeführt werden, die an Arbeitsplätzen nicht überschritten werden dürfen. Das hat die EU-Kommission vorgeschlagen. Bereits im Mai 2016 hatte sie Grenzwerte für 13 andere Chemikalien vorgelegt. Einer entsprechenden Änderung der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene müssen EU-Staaten und Europaparlament zustimmen, bevor sie in Kraft treten kann. Die für Arbeit und Soziales zuständige Kommissarin Marianne Thyssen erklärte, durch die nun vorgeschlagenen Grenzwerte „werden etwa 4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa besser geschützt“. Krebs ist die häufigste arbeitsbedingte Todesursache in der EU.

Die größten Auswirkungen eines verstärkten Schutzes verspricht sich die Kommission bei Altöl aus Motoren und bei Trichlorethylen. Mit Motoröl, das für Hautkrebs verantwortlich sein kann, kämen gut eine Million Menschen in Berührung. Trichlorethylen wird etwa als Lösungsmittel für Bitumen und Asphalt oder zur Metallreinigung verwendet. Die weiteren Grenzwertvorschläge beziehen sich auf Ethylendibromid und -dichlorid, auf 4,4'-Methylenedianiline (eingesetzt etwa zur Herstellung von Polyurethan-Schaum), Epichlorhydrin und auf bestimmte polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe.

■ [Grenzwerte für krebserregende Chemikalien](#)

EU-BEZIEHUNGEN ZUR SCHWEIZ

Streit um Reise- und Arbeitsrechte entschärft

Nach rund zweijährigen Verhandlungen ist es der EU und der Schweiz gelungen, etliche Probleme für ihre engen Beziehungen zu lösen, die durch einen Schweizer Volksentscheid zur Einwanderung im Februar 2014 entstanden waren. Eine knappe Mehrheit von 50,3 Prozent sprach sich damals für eine Beschränkung der „Einwanderung“ aus, von der auch Grenzpendler und Arbeitsuchende aus der EU sowie Asylbewerber betroffen sein sollten. Dies hätte zahlreiche Abkommen zwischen der EU und der Schweiz in Frage gestellt. Inzwischen wurde ein Schweizer Bundesgesetz verabschiedet, das einige zusätzliche Formalitäten für EU-Bürger vorsieht, das die Kommission aber als „ausgewogen“ begrüßte.

Es sei viel für eine Lösung getan worden, „auf deren Grundlage die umfassende Wahrung eines unserer grundlegenden Prinzipien, der Freizügigkeit, garantiert werden kann“, erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Verschiedene Details müssen noch geklärt werden. Nachdem die Schweiz inzwischen auch den Bürgern Kroatiens die gleichen Reise- und Arbeitsrechte gewährt wie allen EU-Bürgern, kann sie nun vollständig am EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 teilnehmen, und die Verhandlungen über ihre Teilnahme an Erasmus+ können wieder aufgenommen werden.

■ [Bilaterale Beziehungen zur Schweiz](#)

BILANZ DES ESF

ESF hilft Millionen einen Arbeitsplatz zu finden

Der seit 60 Jahren bestehende Europäische Sozialfonds (ESF) ist das wichtigste Instrument der EU zur Förderung von Beschäftigung und sozialer Integration. Er ermöglicht Menschen, ihre berufliche Zukunft in die Hand zu nehmen. Auch unter schwierigen Umständen oder in einem zweiten Anlauf. Aus einer Bilanz der EU-Kommission für die Förderperiode 2007 bis 2013 geht hervor, dass in der EU mindestens 9,4 Millionen Menschen mit ESF-Unterstützung eine Arbeit gefunden haben, knapp 610.000 davon in Deutschland. 8,7 Millionen Menschen europaweit konnten mit Unterstützung des ESF an einer Qualifizierung teilnehmen oder ein Zertifikat erwerben, in Deutschland über 600.000.

Das Budget des ESF belief sich zwischen 2007 und 2013 auf 115,6 Mrd. Euro. Davon erhielt Deutschland 15,8 Mio. Euro. Der ESF ist keine Arbeitsvermittlung. Gefördert werden vielmehr praxisnahe Projekte, meist zu Bildung, Aus- und Weiterbildung oder sozialer Eingliederung. Sie werden von Mitgliedstaaten, regionalen und Akteuren vor Ort entwickelt und können im Hinblick auf Art, Ziele, Größe und Zielgruppen sehr unterschiedlich sein. In Deutschland profitierten mit 49 Prozent besonders junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren vom ESF, über 400.000 Unternehmer erhielten ein Coaching für die Firmengründung.

■ [Europäischer Sozialfonds](#)

EU-Regeln sollen auch für WhatsApp und Co gelten



Den Umgang der Computer mit „Cookies“, die Spuren beim Internetsurfen hinterlassen, sollen Nutzer künftig stärker selbst beeinflussen können

> „Um das Potenzial der Datenwirtschaft auszuschöpfen, brauchen wir einen koordinierten, europäischen Ansatz, der auf wirksamen EU-Vorschriften zum Schutz von Privatsphäre und personenbezogenen Daten beruht“, sagte der für das Thema zuständige Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip. In diesem Rahmen sollen Daten dann innerhalb der EU über Ländergrenzen hinweg frei fließen können. „Wenn unsere Datenwirtschaft Wachstum und Beschäftigung hervorbringen soll, müssen Daten genutzt werden“, betonte Ansip. „Dazu müssen sie allerdings verfügbar sein und analysiert werden können.“

Die vorgeschlagene Verordnung, die den EU-Datenschutzrahmen komplettieren soll, sieht unter anderem vor, dass herkömmliche Telekombetreiber die Daten ihrer Kunden besser verwerten können, vorausgesetzt, die Nutzer haben dem zugestimmt. Diese sollen selber stärker einstellen können, wie sie mit Cookies umgehen, kleinen Dateien, die Informationen über den Besuch von Internetseiten speichern. Damit soll die Zahl der Anfragen, ob Cookies akzeptiert oder abgelehnt werden, verringert werden. Gefährdet ein Cookie nicht die Privatsphäre oder soll auf diesem Weg lediglich die Besucherzahl der Website ermittelt werden, soll die Zustimmung durch den Nutzer entfallen.

Mehr Schutz vor Spam

Die Verordnung soll zudem den Schutz der Verbraucher vor Spam verbessern. Grundsätzlich soll gelten: Hat der Nutzer nicht zugestimmt, werden unerbetene E-Mails, SMS und auch

Telefonanrufe verboten. Die Mitgliedstaaten könnten sich etwa für Lösungen entscheiden, nach denen Verbraucher, die keine Marketinganrufe erhalten wollen, ihre Nummer auf einer Sperrliste eintragen lassen. Werbeanrufe sollen künftig auch über die Rufnummernanzeige kenntlich gemacht werden.

Mit einer weiteren Verordnung will die Kommission die Regeln zum Schutz personenbezogener Daten in den Organen und Einrichtungen der EU an die im vergangenen Jahr verabschiedete Datenschutz-Grundverordnung anpassen. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament müssen den Vorschlägen zustimmen, bevor sie in die Tat umgesetzt werden können. Die Kommission rief die Gesetzgeber auf, beide Verordnungen bis zum 25. Mai 2018 zu verabschieden, damit sie zeitgleich mit der Datenschutz-Grundverordnung angewendet werden können.

In einer Mitteilung beschäftigt sich die Kommission mit der Weitergabe personenbezogener Daten auf internationaler Ebene, ob im Interesse der Wirtschaft oder zum Zwecke der Strafverfolgung. In diesem Jahr strebt sie Übereinkommen mit Japan und Korea an, ähnlich wie das 2016 geschlossene Abkommen Privacy Shield mit den USA. Vereinbarungen mit lateinamerikanischen Ländern und EU-Nachbarstaaten sollen folgen.

Mögliche Wege zu einem wirklichen Binnenmarkt für Daten und zur Beseitigung ungerechtfertigter Beschränkungen hat die Kommission in einem weiteren Papier skizziert. Bevor sie später im

Die EU-Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten bei der elektronischen Kommunikation sollen an neue Entwicklungen angepasst werden. Eine von der EU-Kommission vorgeschlagene Verordnung soll dafür sorgen, dass sich künftig auch Kommunikationsdienste wie WhatsApp, Facebook, Gmail, Viber oder Skype an EU-Datenschutzvorgaben halten müssen. Die bestehende e-Datenschutz-Richtlinie von 2002 gilt nur für herkömmliche Telekommunikationsanbieter. Von einer Überarbeitung der Vorgaben und einheitlichen, von den Mitgliedstaaten 1:1 umzusetzenden Bestimmungen, verspricht sich die Kommission auch neue Geschäftsmöglichkeiten.

Jahr ihre Initiative zur europäischen Datenwirtschaft vorstellt und eine Reform der Richtlinie über die Haftung für fehlerhafte Produkte vorgeschlägt, will sie die Meinung von Betroffenen und allen Interessierten einholen. Dafür wurden zwei öffentliche Konsultationen gestartet, an denen sich die Öffentlichkeit bis April beteiligen kann.

Es geht etwa darum, in welchem Umfang nicht personenbezogene Daten weitergegeben werden sollten und wie Unternehmen dazu ermutigt werden können, dies zu tun. Darüber hinaus geht es um Haftungsfragen, die im Internet der Dinge, wo Daten direkt zwischen Maschinen ausgetauscht werden, äußerst komplex und kompliziert sein können. Ein weiterer Bereich ist die Datenübertragbarkeit. Einheitliche Regeln könnten hier den Wettbewerb vor allem bei Cloud-Diensten beleben, meint die Kommission. (ste/frh) >

Digitaler Binnenmarkt

Chancen auf neue Jobs

Die Datenwirtschaft in der EU gibt laut Kommission etwa 6 Millionen Menschen Arbeit und die Zahl der Arbeitsplätze könnte bis 2020 auf 7,4 Millionen steigen. Die Wertschöpfung der beteiligten Unternehmen wurde 2015 auf 272 Mrd. Euro geschätzt. Im richtigen politischen und rechtlichen Umfeld hält die Kommission bis 2020 einen Beitrag der Datenwirtschaft zum EU-Bruttoinlandsprodukt von 3,17 Prozent für möglich.

GETEILTER EU-STAAT ZYPERN

Verhandlungen über Wiedervereinigung gehen weiter

Noch sind etliche komplizierte Probleme zu lösen, bevor es zu einer Wiedervereinigung der seit 1974 in einen griechisch- und einen türkischsprachigen Teil geteilten Insel Zypern kommen kann. Bei einer viertägigen Konferenz in Genf unter UN-Vorsitz, an der außer den beiden Volksgruppen erstmals auch die Garantiemächte Griechenland und Türkei, die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien und als unterstützende Kraft auch die EU-Kommission beteiligt waren, gelang der Durchbruch noch nicht. Aber es gab Fortschritte und es wurde vereinbart, weiter zu verhandeln. Zunächst auf Expertenebene ab dem 18. Januar. „Wir haben einen Weg skizziert, der Hoffnung schafft“, sagte der griechisch-zyprische Präsident Nicos Anastasiades.



EU-Kommissionspräsident Juncker (Mitte) setzt sich persönlich für eine Annäherung zwischen den Volksgruppen und deren Präsidenten Akinci (links) und Anastasiades (rechts) ein.

> EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der die Delegation der Kommission in Genf leitete, geht von einem schwierigen Verhandlungsprozess aus, der Zeit brauchen wird. Die Führer der beiden Volksgruppen hätten aber schon hervorragende Arbeit geleistet. Juncker hat immer wieder unterstrichen, dass die EU-Kommission alles ihr Mögliche beitragen wird, damit die Teilung überwunden werden kann. Dafür sieht er jetzt die „eigentlich letzte Chance“ gekommen. Eine Wiedervereinigung sei wichtig für die EU und die Zypern. „Erstens für die Europäische Union als Ganzes, zum Zweiten ist Zypern das einzige geteilte Land, welches wir als Mitgliedsland in der Europäischen Union haben. Das ist ein Land zu viel. Es wird Zeit, das Land nach so langer Trennung wieder zusammenzuführen“, sagte Juncker. Ein vereinigt Zypern würde für mehr Sicherheit und Stabilität in der Region im östlichen Mittelmeerraum sorgen.

Zypern ist 2004 der EU als de facto getrennte Insel beigetreten, Unionsgebiet ist völkerrechtlich aber das gesamte Territorium. Die türkischen Zypern sind als Bürger eines EU-Mitgliedstaats, der Republik Zypern, EU-Bürger – auch wenn sie auf einem Teil Zyperns leben, der nicht unter der Kontrolle der Regierung steht. Geteilt ist die Insel, seit Putschisten 1974 deren Anschluss an Griechenland durchsetzen wollten, worauf die Türkei Truppen in den Nordteil schickte, die dort bis heute stationiert sind. Ihre Präsenz bleibt bis heute eines der zu lösenden Probleme. Der

jüngste Anlauf dafür wurde gestartet, als Mustafa Akinci im Frühjahr 2015 zum Präsidenten der Türkischen Republik Nordzypern gewählt wurde.

Mehr Unterstützung von der EU

Kommissionspräsident Juncker sprach danach von einer „großen Gelegenheit“ zur Wiedervereinigung und versicherte beiden Seiten, sie könnten sich dabei und auch in einer gemeinsamen Zukunft auf die Hilfe und Solidarität der EU verlassen. Die Kommission hat seit 2015 ihre Unterstützung verstärkt. Juncker ernannte mit Pieter Van Nuffel einen persönlichen Vertreter, der mit einem kleinen Team in Nikosia arbeitet und – über die Vereinten Nationen – beide Seiten bei möglichen Wegen zur Wiedervereinigung berät.

Seit 2006 gibt es zudem ein EU-Hilfsprogramm, das die wirtschaftliche Entwicklung des türkischen Teils fördert und so eine Wiedervereinigung

erleichtern soll. Es ist zwischen 2014 und 2020 mit 30 Mio. Euro jährlich ausgestattet, trägt zur Aussöhnung zwischen den beiden Gemeinschaften bei und richtet sich an eine breite Zielgruppe, zum Beispiel Studierende, Landwirte oder Menschen, die sich für die Zivilgesellschaft engagieren. Investitionen in Schulen oder Dörfern werden unterstützt, etwa in Projekte, die Umweltschutz auf EU-Standard bringen. Auch gemeinsame Aktivitäten zur Bewahrung des kulturellen Erbes werden gefördert.

Ein vereinigt Zypern bestünde aus zwei Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und deutlichen Einkommensunterschieden. EU und internationale Gemeinschaft sind am wirtschaftlichen Aufschwung beider Teile interessiert. Die Kommission sieht Chancen durch eine Integration, etwa für mehr Investitionen aus dem Ausland.

Mit Deutschland gibt es laut Auswärtigem Amt eine besonders enge Zusammenarbeit in der Schifffahrtsbranche. 2.400 Schiffe sind unter Zyperns Flagge unterwegs, damit stellt das Land die zehntgrößte Flotte weltweit. 2015 importierte Deutschland Waren im Wert von gut 111 Mio. Euro aus Zypern und exportierte Waren im Wert von fast 572 Mio. Euro. Wichtig ist für Zypern auch der Tourismus. Aus Deutschland kamen laut Auswärtigem Amt im Jahr 2015 knapp 112.000 Besucher. (frh) >

Die EU und die Lösung der Zypernfrage

Kulturaustausch über die Grenze hinweg

Diplomatische Beziehungen unterhält die Bundesrepublik Deutschland nur mit der Republik Zypern, nicht mit dem türkischen Nordteil. Beim kulturellen Austausch spielt die Grenze dagegen kaum eine Rolle. Es gibt deutsch-zyprische Kulturvereine in beiden Teilen der Insel. Deutsche Hochschulen haben ebenfalls Kontakte im türkischen wie im griechischen Teil und auch deutscher Sprachunterricht in Schulen wird diesseits und jenseits der Grenze angeboten.

Stärkere Nutzung von Steuern könnte „Nettozahlerstreit“ entschärfen



Abgaben auf Finanzgeschäfte könnten nach Ansicht von Experten eine neue Quelle für den EU-Haushalt werden.

Der EU-Haushalt hat zwar nur ein Volumen von etwa einem Prozent des Bruttonationaleinkommens aller Mitgliedstaaten. Doch mit dem Geld werden Projekte bezahlt, die der EU als Ganzes nutzen: etwa zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit, zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen, zum Schutz der gemeinsamen Grenzen, zur Verbesserung der Sicherheit der Bürger oder für Umwelt- und Klimaschutz. Wichtiger Mehrwert für alle wird so geschaffen. Dennoch kommt es bei der Haushaltsplanung immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Ländern, die sich als „Nettozahler“ sehen und solchen, die als „Empfängerländer“ gelten.

> Eine Expertengruppe hat nun Vorschläge für eine Reform des Haushaltssystems gemacht, die diese Debatte beenden soll. Die EU sollte demnach ihren Haushalt weniger durch nationale Beiträge finanzieren, die sich nach der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten richten, sondern stärker auf Einnahmen aus bestimmten Steuern zurückgreifen. Das führe zu einem System, das „einfacher, transparenter, fairer und demokratisch besser kontrolliert“ sei, sagte der frühere italienische Premierminister und Ex-EU-Kommissar Mario Monti, Vorsitzender der Expertengruppe.

Verschiedene Einnahmequellen im Gespräch

Die nationalen Beiträge machen laut Europaparlament inzwischen rund 80 Prozent des EU-Budgets aus. Gedacht waren sie ursprünglich nur als Ergänzung, falls die traditionellen EU-Eigenmittel – Zölle auf Importe, Zuckerabgaben

Oettinger strebt Reform an

Seit Jahresbeginn ist der Deutsche Günther Oettinger EU-Haushaltskommissar. In seiner Anhörung im Europaparlament sagte er, dass er in einer Reform des EU-Eigenmittelsystems Chancen sieht, politische Ziele der EU besser erreichen zu können. Sie könne auch die „Spannungen“ zwischen Mitgliedstaaten und EU-Institutionen in Haushaltsfragen vermindern. Oettinger kündigte an, die Diskussion über die Reformpläne im Jahresverlauf vorantreiben zu wollen.

und ein Anteil der Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten – nicht ausreichen. Deren Bedeutung ist aber immer weiter gesunken. Die Monti-Gruppe möchte durch die deutliche Reduzierung der nationalen Beiträge die „Nettozahlerdebatte“ beenden und fordert die Entwicklung neuer Indikatoren im Haushalt, die den Nutzen von EU-Mitgliedschaft und Zugang zum Binnenmarkt deutlich machen. Die Belastung der Steuerzahler soll durch die Systemänderung nicht steigen.

Stärker genutzt werden sollen dem Bericht zufolge etwa Steuern, die das Funktionieren des Binnenmarkts verbessern können: zum Beispiel eine Finanztransaktionssteuer oder andere Abgaben auf Finanzmarktaktivitäten oder auch eine EU-Körperschaftsteuer. Letztere würde nicht nur einen Beitrag zum EU-Haushalt leisten, sondern auch zu einer faireren Unternehmensbesteuerung in der EU beitragen und den Spielraum für Steuerhinterziehung und -vermeidung verringern, so die Monti-Gruppe.

Als andere mögliche Steuern, die zum Teil in den EU-Haushalt geleitet werden könnten, listet der Bericht eine CO₂-Abgabe, Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel, Strom- oder Kraftstoffsteuern oder Abgaben auf Waren auf, die aus Ländern mit hohem Treibhausgasausstoß importiert werden. Auch hier werde eine Verbindung zwischen EU-Politik und ihrer Finanzierung über den Gemeinschaftshaushalt hergestellt, heißt es.

Nationale Steuerhoheit bleibt bestehen

Verboten werden sollten nach Ansicht der Experten alle Rabatte für die Mitgliedstaaten. Am bekanntesten ist wohl der „Britten-Rabatt“, der von den übrigen Ländern finanziert werden muss. Aber auch zahlreiche andere EU-Staaten profitieren von Sonderregeln. So führt Deutschland etwa statt 0,3 Prozent nur 0,15 Prozent der Mehrwertsteuer ab und erhält einen Rabatt auf die Finanzierung des Briten-Rabatts.

Die Monti-Gruppe betonte, dass die EU durch die Reform keine Kompetenz zum Erheben von Steuern bekäme. Auf eine Änderung des Eigenmittelsystems und die Nutzung bestimmter Steuern müssten sich die Mitgliedstaaten nach Konsultation des Europäischen Parlaments einstimmig einigen. Auch wäre eine Ratifizierung der Änderung in allen EU-Staaten notwendig und damit die Zustimmung etwa des Deutschen Bundestags.

„Wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Union diese Vorschläge umsetzen, würden ihre Verteilungskonflikte untereinander erheblich entschärft“, sagte Jens Geier, Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europaparlament. Alain Lamassoure (Europäische Volkspartei) erklärte, die Einnahmen aus Steuern würden bei Wirtschaftswachstum automatisch steigen. „So könnten mehr Finanzmittel generiert werden, ohne dabei die relative Last für den Steuerzahler zu erhöhen“, sagte Lamassoure. (frh) >

■ Zahlen und Fakten zum EU-Haushalt

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 23.01.2017 14.30–19.00 Uhr	„EU-Förderung verstehen. Europa für Bürgerinnen und Bürger und Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Kulturförderpunkt Berlin	Podewil Klosterstraße 68 10179 Berlin	www.kulturfoerderpunkt-berlin.de/start/
> 23.01.2017 17.00–18.00 Uhr	„Unsere Verantwortung für Europa. Europaforum mit François Fillon und Peter Altmaier“ Vortrag Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung	Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Tiergartenstraße 35 10785 Berlin	www.kas.de/wf/ de/17.71532/
> 24.01.2017 19.30–21.30 Uhr	„Europa und Europapolitik in Hessen“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Europa-Union-Deutschland, Wiesbaden/Rheingau-Taunus	Villa Clementine Wilhelmstraße 19 65189 Wiesbaden	www.europatermine.de/termine/datum/2017/januar/24/termin/einzel/europa_und_europapolitik_in_hessen.html
> 27.01.2017 18.00 Uhr	„Podiumsdiskussion zum Sacharow-Preis 2016“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäisches Parlament, Informationsbüro in München	Presse-Club Nürnberg Gewerbemuseumsplatz 2 90403 Nürnberg	www.europarl.de/view/de/informationsbuero_muenchen.html
> 28.01.2017 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die JugendBildungsmesse in Düsseldorf“ Messe für Schüleraustausch, High School, Sprachreisen, Praktika, Au-Pair, Studium im Ausland, Work & Travel und Freiwilligendienste Veranstalter: weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Luisen-Gymnasium Bastionstraße 24 40213 Düsseldorf	www.weltweiser.de/jugendbildungsmessen/duesseldorf-schueleraustausch-nordrhein-westfalen.htm
> 29.01.2017 10.00–16.00 Uhr	„SchülerAustausch-Messe“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche-Stiftung-Völkerverständigung	Kulturhaus Milbertshofen Curt-Mezger-Platz 1 80809 München	www.schueleraustausch-portal.de/
> 30.01.2017 09.30–15.00 Uhr	„3 Jahre KMU-Instrument. Europäische Förderung für den innovativen Mittelstand“ Konferenz Veranstalter: Steinbeis 2i	Staatsgalerie Konrad-Adenauer-Straße 30-32 70173 Stuttgart	www.steinbeis-europa.de/news-events/veranstaltungen/65/1826/v/3-jahre-kmu-instrument-europaeische-foerderung-fuer-den-innovativen-mittelstand.html
> 01.02.2017 10.00–17.30 Uhr	„Zoll Russland und Russland-Sanktionen“ Informationsveranstaltung Veranstalter: IHK Rhein-Neckar	IHK Rhein-Neckar L1 2 68161 Mannheim	www.rhein-neckar.ihk24.de/international/Maerkte_International/Russland/veranstaltungen/veranstaltungen/950978
> 09.02.2017 20.00–22.00 Uhr	„Die Wahlkämpfe im deutsch-französischen Vergleich“ Vortrag Veranstalter: Deutsch-Französisches Kulturinstitut Tübingen e.V. und Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration der Universität Tübingen	Institut culturel franco-allemand Doblerstraße 25 72074 Tübingen	www.wiso.uni-tuebingen.de/faecher/ifp/lehrende/abels/newsfullview-professur-abels/article/veranstaltungsreihe-ou-allons-nous-deutschland-und-frankreich-vor-den-wahlen-2017.html
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de			

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

WEBSEITE DER MALTESISCHEN EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Von Flüchtlingspolitik bis zur Ode an die Freude

Vom 1. Januar bis zum 30. Juni führt die Regierung Maltas den Vorsitz im EU-Ministerrat. Die verschiedenen Aktivitäten der Präsidentschaft und Neuigkeiten aus der EU-Politik lassen sich auf der Website unter der unten angegebenen Adresse verfolgen – auch in deutscher Sprache. Zentrale Rubriken sind Terminkalender und Nachrichten von den Ministertreffen. Vorgestellt werden auch die mit der EU-Kommission koordinierten Prioritäten der Malteser. Ganz oben steht die Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Um den Bürgern aktuelle Themen und Hintergründe näherzubringen, gibt es außer Nachrichten auch einen Blog und Videos. Auch die sozialen Medien sind auf der Website eingebunden. Und außer Politik gibt es viele Informationen über das Land Malta, seine Geschichte, Kultur und Sehenswürdigkeiten. Wer selbst aktiv werden möchte, sollte den Aufruf lesen, mit einem europäischen „Bürgerorchester“ Beethovens „Ode an die Freude“ einzuspielen – die Europahymne.

Website der Ratspräsidentschaft Malta

30 JAHRE EUROPÄISCHE KOOPERATION IN DER BILDUNG

Austauschprogramm „Erasmus“ feiert Geburtstag

Nichts stärkt das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl mehr als Begegnungen mit Menschen aus anderen EU-Staaten und das gemeinsame Leben, Lernen und Arbeiten mit ihnen. Sicher auch aus diesem Grund ist das Bildungsprogramm „Erasmus“ – in seiner heutigen Form als „Erasmus+“ längst viel mehr als ein Austauschprogramm für Studierende – eine der erfolgreichsten EU-Initiativen. Über die Hälfte der EU-Bürgerinnen und Bürger kennen Erasmus laut jüngsten Umfragen, 86 Prozent der Befragten haben eine positive Meinung zu dem Programm. Ein Grund, das 30-jährige Bestehen von Erasmus quer durch die EU groß zu feiern.



Die zentrale Fest- und Informationsveranstaltung in Deutschland findet am 24. Januar in Berlin statt. Unter anderem wird dort EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics sprechen.

30 Jahre Erasmus+

„GRÜNE HAUPTSTADT EUROPAS 2017“

Essen ist ein Vorbild für den ökologischen Wandel

Essen ist von der EU-Kommission zur „Grünen Hauptstadt Europas“ 2017 gekürt worden. Zum ersten Mal trägt damit eine von der Montanindustrie geprägte Stadt den Titel, der an Kommunen vergeben wird, die hohe Umweltstandards erreicht haben und weiter ehrgeizige umweltpolitische Pläne verfolgen. In ihrer Begründung hob die Jury besonders die Vorbildrolle der Stadt Essen für viele europäische Städte im Strukturwandel hervor. Und der Wandel ist bemerkenswert: Vor gut 100 Jahren wurde Essens Erscheinungsbild vom Krupp-Stahlwerk und von Kohlebergwerken dominiert, die Stadt litt unter Luftverschmutzung, der Fluss Emscher war ein offener Abwasserkanal und das Baden in der Ruhr verboten. Heute gibt es jede Menge Grün, die Ruhr ist wieder sauber und die Emscher in jahrelanger Arbeit re-naturiert worden.

Während des Hauptstadtjahrs sind hunderte Aktionen unter dem Motto „Erlebe Dein Grünes Wunder“ geplant. Dazu gehören etwa ein autofreier Tag in Teilen der Innenstadt, die Eröffnung einer „Route der Kleingärten“ für Radler, ein Fledermausprojekt oder die Erzeugung von „Grüne-Hauptstadt-Honig“. Eröffnet wird das Programm mit einem Bürgerfest am 21. und 22. Januar im Essener Grugapark (Foto).

Grüne Hauptstadt Essen

KULTURHAUPTSTÄDTE EUROPAS

Brückenbau zwischen Kulturen und Epochen angestrebt

Aarhus in Dänemark und Paphos auf Zypern tragen in diesem Jahr den Titel „Kulturhauptstadt Europas“. Das für den europäischen Integrationsgedanken typische Element des Brückenbauens spielt in den Veranstaltungsprogrammen beider Orte eine große Rolle. In Paphos lautet das Motto, unter dem hunderte von Veranstaltungen stehen, „Linking Continents, Bridging Cultures“. Die erste europäische Kulturhauptstadt auf Zypern will dabei ihre Erfahrungen mit Multikulturalität und ihre geographische Nähe zum Nahen Osten und Nordafrika nutzen. Das Motto in Aarhus lautet „Rethink“, und es geht den Veranstaltern um den Brückenschlag von Traditionen und Erfahrungen zu kreativen Ideen zur Gestaltung der Zukunft.

In Aarhus wird das Programm offiziell am 21. Januar mit EU-Bildungs- und Kulturkommissar Tibor Navracsics eröffnet. Zu den Highlights des Jahres wird die Aufführung einer Wikinger-Saga auf den Dächern der Stadt gehören. In Paphos geht es am 28. Januar mit einer Auftaktveranstaltung los. Die Stadt soll im Jahresverlauf zu einer riesigen Freilichtbühne werden.

Kulturhauptstädte 2017